

SCHWEIZERISCHE MISSION
BEI DEN EG

Vertraulich

Brüssel, den 27. April 1992

Aufzeichnung

Gespräche von Bundespräsident R. Felber und Bundesrat J.P. Delamuraz in Brüssel, 27.4.1992

1. J. Delors, Präsident der EG-Kommission (D)
(17 Uhr)

1.1. EWR

Nach der einleitenden Darlegung von Bundesrat Delamuraz der nach der Unterzeichnung vorgesehenen internen Verfahren und Termine zeigt D volles Verständnis für die Ansprüche der direkten Demokratie. Wie in der EG der Ratifikationsprozess des Maastrichter Vertrags zeigt, hat jedes Land in dieser Hinsicht seine Besonderheiten, die es zu respektieren gilt.

1.2. Erweiterung der EG

Die Kommission wird im Hinblick auf den Gipfel von Lissabon ihre Analyse der Probleme formulieren. Angesichts der grossen Zahl aktueller und potentieller Beitrittskandidaten (neben den EFTA-Staaten die Türkei, Malta, Zypern, bald auch die mittel- und osteuropäischen Länder) ist diese Analyse äusserst anspruchsvoll. Namentlich die grossen Hoffnungen für eine rasche Annäherung an die EG-Träume hegenden Ostländer müssen eine klare Botschaft erhalten. Die Arbeiten - unter der Verantwortung von Vize-Präsident Andriessen - sind im Gang, brauchen aber ihre Zeit, um zu reifen.

Der Bericht der Kommission wird für die Mitgliedstaaten insofern einen Schock darstellen, als er klar darlegen wird, dass reiner Pragmatismus - rasche Einleitung der Erweiterung mit jenen Ländern, die am wenigsten Probleme stellen - nicht genügt. Daneben müssen die "dramatischen" politischen Probleme der gesamteuropäischen Architektur ("espace de paix et d'échanges") erwogen werden und die systemischen Fragen (Funktionieren der EG-Institutionen mit 20, 25 oder mehr Mitgliedstaaten, Revision der Zuständigkeitsordnung usf.) beantwortet werden.

Angesichts der Tragweite dieses Unterfangens kann in Lissabon - nachdem die Aussenminister das Dossier nur sehr kurz zuvor eröffnet haben - die Erweiterungsdebatte unmöglich schon zu Schlussfolgerungen führen.



- 2 -

In Edinburgh wird man weiter diskutieren. Vor der Einleitung der Erweiterung muss auch eine Einigung über die EG-Finanzordnung für die nächsten fünf Jahre zustande kommen. Ob dies rechtzeitig gelingt, ist völlig offen.

D vertritt die Meinung, dass die Neutralität von Beitrittskandidaten Probleme schaffen wird. Irland hat der EG in der Vergangenheit oft Schwierigkeiten bereitet. Die in Maastricht eröffnete Perspektive einer gemeinsamen Verteidigung zwingt zu einer Klärung.

Auch die Währungsunion erfordert im Grunde eine Stärkung des politischen Rahmens. Die Gemeinschaft braucht eine voll verantwortliche Regierung (D bezeichnet die beschlossene Amtsdauer des Präsidiums der Europäischen Zentralbank von 8 Jahren als "idiotisch").

Ab 1993 wird m.a.W. bereits auch die auf 1996 angesetzte nächste Regierungskonferenz - die sich gerade mit diesen Fragen auseinandersetzen muss - vorzubereiten sein. Solange das alles nicht geklärt ist, besteht potentiell ein Widerspruch zwischen Erweiterung und Vertiefung.

Was den Kalender und die Modalitäten der Erweiterung anbelangt, sollte man sich deshalb nicht die Hände binden lassen und sich keinen Illusionen hingeben.

Bundespräsident Felber und Bundesrat Delamuraz danken für das stimulierende Gespräch und legen Wert darauf, dass D darin auch ein klares Signal für den Beitrittswillen der Schweiz erblickt. D bestätigt, dass er dies durchaus so verstanden habe.

1.3. GATT

D ist enttäuscht und perplex von seiner Reise nach Washington zurückgekehrt. Er und F. Andriessen nahmen bewusst Risiken auf sich, als sie versuchten, mit ihren neuen Vorschlägen den politischen Durchbruch zu erzielen; ohne Ergebnis. D zweifelt mehr und mehr daran, dass Präsident Bush an einem Abschluss der Runde vor den Wahlen im November interessiert ist. Einmal mehr zeigt sich hier die grosse Schwäche der US-Administration gegenüber einem dem handelspolitischen Unilateralismus frönenden Kongress.

2. N. Ersboell, Generalsekretär des EG-Rats (F) (15.30 Uhr)

E unterstrich mehrfach, dass in der Erweiterungsfrage allein der Beschluss des betreffenden Landes zählt. Niemand kann einem Land wie der Schweiz Ratschläge erteilen.

- 3 -

Falls die Kommission an ihrer Absicht festhält, in Lissabon die Erweiterung zu einem Schreckgespenst ("tableau d'horreur") aufzubauschen, wird es zu einer ernsthaften Kollision mit den Mitgliedstaaten kommen. E erinnert daran, dass die Erweiterungsstrategie weder von der Kommission noch vom Europäischen Parlament diktiert werden kann.

Maastricht hat klargemacht, dass sich die EG nicht in Richtung auf ein zentralistisches Gebilde oder gar, wie sich das Delors offenbar erträumt, auf eine Art Präsidialregime zubewegt. Die politische Führung wird beim Europäischen Rat bleiben. Die Kompetenzen der Kommission werden allerdings zu präzisieren sein: auf weniger Gebieten klarere Befugnisse.

Nach Maastricht durchläuft die EG eine Phase der Leere und der Unsicherheit. E zeigt sich zuversichtlich, dass sie ihren Dynamismus wieder finden wird. Ausschlaggebend für die politische Glaubwürdigkeit wird sein, dass sie das tut, was sie sich vorgenommen hat. Das sind :

- Ratifikation des Maastrichter-Vertrags
- neue Finanzordnung, d.h. Delors II-Paket (Solidaritätsaspekte !)
- Erweiterung um die beitragswilligen und beitragsfähigen Länder.

Stolpert sie oder weicht sie einem dieser Schritte aus, so entsteht eine gefährliche politische Krise. Nach E werden sich gerade deshalb alle EG-Mitgliedstaaten zu einer raschen Eröffnung von Erweiterungsverhandlungen bereit erklären.

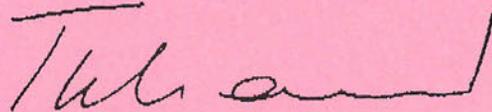
In Lissabon werden die 12 Regierungschefs, gewissermassen in "Fortschreibung" der Festlegung in Maastricht, die Fortschritte in den Verhandlungen über das Finanzpaket registrieren und den Erweiterungswillen und -kalender bestätigen (Beginn der Verhandlungen unmittelbar nach der Einigung über das Finanzpaket). Ein schweizerisches Verhandlungsgesuch kann nur dann parallel mit den bereits vorliegenden Anträgen behandelt werden, wenn es rechtzeitig da ist; auf ein paar Monate kommt es vielleicht nicht an, ein Jahr zu warten wäre zu lange.

P.S. : Kommentar des Verfassers

Die z.T. offenkundig taktisch motivierten Aeusserungen Delors' und Ersboell's stecken ungefähr das Spektrum der Meinungen ab, die zum Thema Erweiterung aus EG-Kreisen in den kommenden Monaten zu vernehmen sein werden. Alle haben irgendwie recht. Entscheidend ist, dass die Beitrittskandidaten selber wissen müssen, was sie wollen, dies auch rechtzeitig sagen und danach für den Beitritt kämpfen. Sowohl Erweiterung als auch interne Reformen der EG sind im Grunde unangenehme Prozesse.

- 4 -

Die Frage, ob es zu einem Beitrittskonvoi kommen wird, ist letztlich falsch gestellt. Die EG kann jederzeit mit jenen verhandeln, die bereit sind und deren Dossier geprüft worden ist ("Avis" der Kommission erfordert 6-9 Monate). Im Interesse der einzelnen Kandidaten liegt es jedoch, nicht im "Nachzug" zu anderen über Fragen wie die Agrarpolitik, die Neutralität oder die finanziellen Aspekte verhandeln zu müssen.



Benedikt von Tscharner